



öffentlich

Betreff:

Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der Demonstration vom 4. November 1989

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Erstellungsdatum	16.01.2018
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
31.01.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Konzepts (s. Anlage), ein Finanzierungskonzept über 120.000 EURO aufzustellen, ggf. Drittmittel zu erschließen.

In einem Werkstattverfahren sollen die beiden prinzipiell denkbaren Gestaltungsalternativen (Bodenplatten und/oder Gestaltung von vier Bänken an der Fontäne) konkretisiert, diskutiert und schließlich eine Entscheidung herbeigeführt werden. Dabei sind neben Vertretern von Verwaltung und Gestaltungsrat auch engagierte BürgerInnen und Mitglieder der AG „Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam“ einzubeziehen.

Das Denkmal soll zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution 2019 fertiggestellt werden.

Über die Zwischenschritte sind der Hauptausschuss, der Kulturausschuss, der Finanzausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu informieren.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Mit der Demonstration am 4. November 1989 wurde deutlich, dass die Friedliche Revolution in der DDR große Massen der Bevölkerung erfasst hatte. Auf dem Luisenplatz, auf dem die Demonstration begann, soll die Erinnerung an dieses wichtige Ereignis in der Demokratiegeschichte des Landes und der Stadt sichtbar werden.

Im Jahr 2013 entwickelte Heike Roth vom Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V. zusammen mit der ehemaligen Gedenkstätten-beauftragten für die Gedenkstätte Lindenstraße Gabriele Schnell gemeinsam das Projekt eines Erinnerungsortes für die Friedliche Revolution auf dem Luisenplatz. Der Platz war Ausgangs- und Endpunkt der größten Demonstration gegen die SED-Herrschaft in Potsdam am 4. November 1989.

Verschiedene Vorstöße - beim Oberbürgermeister Jann Jakobs, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Ulrike Poppe und anderen Einrichtungen des Landes - erbrachten durchweg Zustimmung. Dank des Engagements von Matthias Finken (CDU) gelang es Ende des Jahres 2014, die Stadtfraktionen der damaligen Rathauskooperation, bestehend aus SPD, CDU und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, von dem Projekt zu überzeugen. Gemeinsam wurde ein Prüfauftrag zur Realisierung des Denkmalprojektes formuliert im Januar 2015 in die SVV eingebracht und von dieser mehrheitlich beschlossen. In der Begründung heißt es: „Das Denkmal für die Friedliche Revolution 1989 würdigt die Bedeutung der vielen Oppositionsgruppen, die es damals in Potsdam gab. An der Demonstration am 4. November 1989 haben sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Potsdam und dem Umland beteiligt und damit einen wichtigen Beitrag zur deutschen Geschichte – letztendlich zur Verwirklichung der deutschen Einheit – geleistet.“

Eine AG, der neben der Initiatorin Heike Roth der wissenschaftliche Mitarbeiter der LHP für Erinnerungskultur Tobias Büloff, der Historiker Dr. Peter Ulrich Weiß vom Zentrum für Zeit-historische Forschung, Vertreterinnen und Vertretern der Stadtfraktionen, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der Kommunistischen Diktatur, der Gedenkstätte „Lindenstraße“, damalige Bürgerrechtler sowie Zeitzeugen angehörten, hat sich mit Fragen der Umsetzung befasst und den Prüfauftrag erfüllt. Rücksprachen mit den zuständigen Ämtern und Behörden sowie den Gestaltern des Luisenplatzes, dem Berliner Büro Lützwow 7, haben ergeben, dass sich das Projekt umsetzen lässt. Der Fachbereich Kultur und Museum setzt sich im Sinne des Konzepts zur Erinnerungskultur der LHP für die Realisierung ein. Die städtische Erinnerungskultur soll die Spuren verschiedener Zeitschichten im Stadtbild erhalten und durch Installationen im öffentlichen Raum sichtbar machen.

ANLAGE: Konzept